

„Es ist noch Luft nach oben“

Im Gespräch mit MdB Erhard Grundl nicht nur über den aktuellen grünen Höhenflug

Der Wähler lässt die bundesdeutsche Parteienlandschaft gerade gehörig Karussell fahren. Die GroKo ist im Trudeln, die SPD-Bundesvorsitzende tritt zurück. Wahl- und Umfrage-Ergebnisse der Grünen lassen stutzen. Manche Kommentatoren beschwören schon einen grünen Bundeskanzler. Wir sprachen mit Straubings Grünen-MdB Erhard Grundl über grüne Höhenflüge, Mitleid für die Sozis und ob er 2020 OB-Ambitionen hat.

Die Grünen befinden sich bundesweit in einem unglaublichen Hoch bei Umfragen. Wie schätzen Sie das ein? Fühlen Sie sich im Höhenflug?

Erhard Grundl: Von Umfragen sollte man sich nicht blenden lassen, aber es freut mich natürlich sehr, dass wir aktuell so gut dastehen und bei der Europawahl ein sehr gutes Ergebnis erzielen konnten. Genauso wie bei der Landtagswahl. Ich sehe das als Bestätigung für unsere thematischen Schwerpunkte, mit denen sich immer mehr Leute identifizieren können. Aber so gut es bundespolitisch auch läuft: Hier in Niederbayern schöpfen wir unser Potenzial noch nicht aus. Es läuft zwar kontinuierlich besser, aber hier ist noch Luft nach oben.

Wie erklären Sie sich denn so viel Wählergunst für die Grünen?

Wir versuchen den Menschen eine zukunftsgerichtete Politik anzubieten, und stellen unsere zentralen Inhalte Klimaschutz, Umwelt und Menschlichkeit klar in den Vordergrund. Diese „urgrünen“ Themen sind besonders durch das Engagement vieler junger Leute wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Diesen jungen Leuten müssen wir die Chance und die Verantwortung geben, ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Was ist Ihre Prognose für die Rolle der Grünen auf Bundesebene? Können Sie sich einen grünen Bundeskanzler vorstellen – wie ja medial in den vergangenen Tagen thematisiert?

Selbstverständlich kann ich mir eine grüne Kanzlerin oder einen grünen Kanzler vorstellen! Aber diese Frage stellt sich aktuell nicht. Wir müssen einfach weiter gute Politik machen und für unsere Themen kämpfen.

Natürlich lassen Schlüsse auf die Kommunalpolitik nicht auf sich warten: Wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl wäre, was könnten Sie sich für die Grünen in Straubing vorstellen? Was halten Sie von der Prognose, ihre Fraktion könnte sich 2020 auf die heutige SPD-Fraktionsstärke mehr als verdoppeln?

Ich denke, wir haben die richtigen Themen und auch die richtigen Köpfe, auch wenn wir uns von Letzterem natürlich noch mehr wünschen! Jetzt aber Prognosen für 2020 abzugeben, halte ich für sehr gewagt. Wir müssen einfach konstruktiv weiterarbeiten, um die Menschen von unseren Inhalten zu überzeugen. Egal ob in einer Stadtratsfraktion oder in der Bundestagsfraktion, entscheidend für den Erfolg ist auch: Hart in der Sache diskutieren, aber immer wertschätzend miteinander umgehen. Ich fühle mich für den Kommunalwahlkampf auf jeden Fall gut gerüstet.

Die SPD wird wahrscheinlich, wenn kein Wunder geschieht, weiter schrumpfen, auch in Straubing. Haben Sie Mitleid? Oder was würden Sie sagen, haben die Grünen der SPD voraus? In Straubing und überhaupt.

Natürlich schmerzt es, wenn eine Volkspartei wie die SPD immer weiter abstürzt und gleichzeitig eine radikale Partei am äußersten rechten Rand emporwächst. Es ist aber



Ganz ausschließen will Erhard Grundl nicht, dass er im bevorstehenden Kommunalwahlkampf als OB-Kandidat antritt, aber...

Foto: privat

nicht meine Aufgabe, die Probleme der SPD zu analysieren oder Vergleiche anzustellen. Wir Grüne tun gut daran, auf uns zu schauen und zukunftsgerichtete Politik zu machen.

Haben Sie vor, als OB-Kandidat im Kommunalwahlkampf 2020 anzutreten?

Man sollte zum jetzigen Zeitpunkt nichts ausschließen, aber mein Bundestagsmandat erlaubt mir auch aus der Opposition heraus, die Interessen der Menschen hier im Wahlkreis und in ganz Niederbayern in die „hohe“ Politik in Berlin einzubringen. Das macht mir sehr viel Freude.

Würden Sie nach der Erfahrung „Monoverbrennungsanlage“ in Straubing von Ratsseite nochmals einen Bürgerentscheid lostreten – egal für welches Thema?

Selbstverständlich würden wir das wieder tun. Viele Bürger sind von kommunalpolitischen Entscheidungen direkt betroffen, daher muss man sie bei wichtigen Themen eng miteinbinden. Bürgerentscheide dürfen nicht inflationär aufgerufen werden, aber Bürgerentscheide abzulehnen, weil einem das Ergebnis möglicherweise nicht passt – davon halte ich gar nichts.

Sie sind kulturpolitischer Sprecher Ihrer Bundestagsfraktion. Was ist dort aktuell Ihr größtes Anliegen?

Zum einen ist das die Erinnerungskultur. Hier steht Deutschland, hier steht die ganze Welt vor einer großen Veränderung, wenn die letzten Zeitzeugen des Holocaust sterben. Es wird neue Ideen brauchen, damit den Nachkriegsgenerationen vor Augen geführt wird, wie es in Deutschland zu den monströsen Verbrechen der Nationalsozialisten kommen konnte. Geschichte ist nie abgeschlossen

und unter dieses Thema darf es keinen Schlussstrich geben. Dafür kämpfe ich.

Zum anderen spielt das Thema „Kulturförderung im ländlichen Raum“ eine große Rolle in meiner parlamentarischen Arbeit. Hier arbeiten wir aktuell an einem Antrag, der besonders die Jugendkultur auf dem Land stärken soll. Kulturförderung ist bisher zu sehr auf die Metropolen fixiert. Auch muss der Kulturbetrieb breitere Schichten der Gesellschaft erreichen. Dazu muss er spannend sein und sich was trauen. Kulturpolitik ist dazu da, Möglichkeiten zu schaffen.

Und am 1. Juli jährt sich die von Claudia Roth und mir initiierte „Brüsseler Erklärung – Für die Freiheit der Kunst“ zum ersten Mal. Es freut mich, dass sich bisher mehr

als 53000 Menschen der Petition im Internet angeschlossen haben, weil sie die Kunstfreiheit und auch die Pressefreiheit durch den Rechtspopulismus in Europa bedroht sehen. Hier werden wir versuchen, zum 1. Jahrestag nochmal einen medialen Aufschlag zu machen. Etwa die Attacken der FPÖ auf den ORF-Journalisten Armin Wolf haben gezeigt, dass Wachsamkeit in diesem Bereich leider nötiger denn je ist. Auch bei uns in Deutschland.

Ein immerwährendes Thema für Vereine und selbst gemeinnützige Veranstalter ist die GEMA, die vielfach als modernes unberechenbares Raubrittertum empfunden wird. Was ist Ihr Eindruck? Und was raten Sie jenen, die mit horrenden Rechnungen in die GEMA-Fänge geraten sind?

Die GEMA hat ein großes Imageproblem, an dem sie selber nicht unschuldig ist. Über die Ausgestaltung bestimmter Tarife muss man auch auf politischer Ebene mit ihr streiten. Ich habe aber die Erfahrung gemacht,

dass die GEMA sehr wohl Gesprächsbereit ist und dass ihre Regularien auch nicht willkürlich sind. Als Veranstalter muss man sich aber auch die Mühe machen, die Bestimmungen von vorne herein durchdringen zu wollen. Die GEMA fungiert als Verwertungsgesellschaft, quasi wie eine Gewerkschaft, im Interesse der Komponisten und Textern. Und das halte ich für sehr wichtig, denn ohne die Komponisten und Texter gibt es keine Musik, keine Lieder. Nicht im Club und nicht im Bierzelt.

Wie schätzen Sie das kulturelle Angebot in der Provinz ein, sagen wir in Straubing? Wo sehen Sie Stärken? Wo Schwächen? Was würden Sie sich wünschen?

Grundsätzlich ist Straubing kulturell sehr gut aufgestellt. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Wenn ich mir die Arbeit

von Stefan Mutz von Bluval, von Prof. Günter Moosbauer im Gäubodenmuseum oder von der Gemeinschaft der Bildenden Künstler anschau, dann kann man sagen, bei uns wird Großartiges geleistet. Auch das Landestheater Niederbayern oder die Theatergruppe Impuls von Andreas Wiedermann brauchen keinen Vergleich mit den Metropolen in Deutschland zu scheuen. Allerdings sind Angebote für und von jungen Leuten rar gesät. Das „Raven“ in der Rosengasse etwa ist bayernweit als Live-Club bekannt und stellt da eine Ausnahme dar. Allerdings hat der Wirt für seine wichtige Arbeit noch nie einen Cent an Förderung erfahren. Hier müssen strukturelle Förderprogramme besser greifen. Außerdem muss man in unserer Region Kultur und Infrastruktur immer zusammendenken. Das schönste Theater oder der tollste Musikclub bringen mir nichts, wenn es keinen Bus gibt, der mich abends dorthin fährt.

Interview: M. Schneider-Stranninger

„Kann mir eine grüne Kanzlerin vorstellen“

Man sollte zum jetzigen Zeitpunkt nichts ausschließen, aber mein Bundestagsmandat erlaubt mir auch aus der Opposition heraus, die Interessen der Menschen hier im Wahlkreis und in ganz Niederbayern in die „hohe“ Politik in Berlin einzubringen. Das macht mir sehr viel Freude.

„Selbstverständlich wieder Bürgerentscheid“

„Kulturförderung zu sehr auf Metropolen fixiert“